

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Demokratieverständnis in Russland und Deutschland

Dirk Sager

Ein Beitrag aus der Tagung:

Russland und Deutschland – Das Demokratieverständnis
Hoffnungen und Missverständnisse
Bad Boll, 19. – 21. September 2008, Tagungsnummer: 520708
Tagungsleitung: Kathinka Kaden

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2008 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Demokratieverständnis in Russland und Deutschland

Dirk Sager

Dies ist ein Thema – jedenfalls nach Ansicht von Kreisen, die in den deutsch-russischen Beziehungen den Ton angeben möchten –, das viel zu wichtig ist, um es der Bewertung von Journalisten zu überlassen. Diese Beziehungen werden auf Konferenzen und Tagungen, besonders, wenn Vertreter deutscher Unternehmen eine Rolle spielen, gepriesen als zukunftsweisend. Wären da nicht diese Miesmacher, die Journalisten, oder wie mit missbilligendem Unterton auszusprechen, »die Medien«, die einen Schatten auf das ungetrübte Miteinander werfen.

Das zielt auf die in Moskau arbeitenden deutschen Korrespondenten, die nicht nur Erbauliches der Berichterstattung für wert erachten. Sie trübten das Bild der russischen Wirklichkeit, heißt es dann, vergifteten die Beziehungen.

Als arbeitete in Moskau ein gleichgeschaltetes Kollektiv, das gemeinsam Auftrag und Geld bezieht, um Russlands Bild daheim anzuschwärzen.

Diese Haltung wirft, nebenbei gesagt, nicht nur ein befremdliches Licht auf das Demokratieverständnis in jenen Vorstandsetagen oder jener, die sich zu ihren Lobbyisten machen. Dahinter verbirgt sich nicht nur eine unausgesprochene Lust, Störenfriede zu zensieren, die Lust am Maulkorb. Auch das Selbstverständnis jener von wirtschaftlichen Interessen bewegten Kreise gibt zu denken. Sie machen sich anheischig, Notar zu werden in Sachen russischer Politik, der sie, wenn immer es geboten erscheint, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilen.

Die Argumente, mit denen Unschuld oder doch zumindest mildernde Umstände bescheinigt werden, scheinen einleuchtend: Nach Jahrhunderten autokratischer Herrschaft könne man an das russische Regierungssystem nicht die gleiche Elle anlegen wie im Westen. Und sie beeilen sich, zuletzt bei der Wahl des neuen Präsidenten Medwedjew, Fortschritte auf dem Weg zur »Vervollkommnung« des demokratischen Systems zu konstatieren.

Dies ist kein Ort für Unterstellungen. Aber die Vermutung ist nicht abwegig, dass der Wunsch nach stabilen Verhältnissen das Wertesystem bestimmt. Dieser Wunsch ist nach den chaotischen neunziger Jahren verständlich. Nur legitimiert er keinen Etikettenschwindel.

Hinzu kommt ein Argument, das immer wieder unter der Hand vorgetragen wird: Der »Russe als solcher« sei doch nach der Gewöhnung an autokratischer Herrschaft zur Demokratie nicht befähigt. Die gegenwärtigen Umfragen bescheinigten doch, wie zufrieden die Bürger in Russland mit dem Lauf der Dinge seien.

An diesem Punkt wird die Auseinandersetzung, ausgetragen unter Deutschen, mehr als ärgerlich.

Die Frage mag spekulativ erscheinen, will mir als damals – wenn auch junglichem – Zeitgenossen nicht aus dem Sinn gehen: Was wäre dem Schicksal eines demokratischen Nachkriegsdeutschlands wohl beschieden gewesen, wäre er nicht in seinen jungen Jahren von wirtschaftlichem Aufstieg begleitet worden, dem »Wirtschaftswunder«. Was wäre überhaupt in diesem Land geschehen, wenn nicht in

der so genannten »Stunde Null«, die die Mehrheit der Bürger als »Stunde des Zusammenbruchs«, der Niederlage und nicht etwa der Befreiung verstanden, wenn nicht in den Gründungsjahren des Nachkriegsdeutschlands die Siegermächte über die Entwicklung gewacht hätten und auch steuernd eingriffen. Mir als Journalisten sind dabei die Gestaltung der Presselandschaft und die Etablierung des Öffentlich-Rechtlicher Rundfunks von besonderer Bedeutung.

Natürlich konnten wir uns – als Ausweis unserer demokratischen Prädestination – in jenen Jahren auf jene mutigen Menschen berufen, die Widerstand gegen Hitler geleistet hatten. Große Popularität in der breiten Öffentlichkeit war diesen Kreisen damals nicht zuteil.

Und auch unsere Nachkriegsgeschichte war keineswegs frei von Entgleisungen, bei denen uns nur ein funktionierendes Bundesverfassungsgericht vor weiteren Konsequenzen bewahrte:

Ich erinnere an die »Spiegelaffäre« 1962 und an den Versuch Adenauers, ein Staatsfernsehen in der Bundesrepublik zu etablieren. Kritiker sollten mundtot gemacht werden, die Regierung wollten den öffentlichen Diskurs direkt beeinflussen – das sind Neigungen, denen wir in verschärfter Form später in Russland wieder begegnen. Auch bei uns – wie wohl nirgendwo – ist Demokratie kein endgültiges Entwicklungsstadium, sondern will immer wieder verteidigt werden. Die »Spiegel-Affäre« 1962 traf bereits auf eine wache Öffentlichkeit.

Kein Hochmut ist angebracht beim Blick auf andere Staaten. Wohl möglich ist, dass die Kapitel deutscher Vorgeschichte die heutigen Korrespondenten in Moskau besonders sensibilisieren. Kritischer als die Darstellung des heutigen Russlands in den Zeitungen anderer westlicher Länder sind ihre Berichte allerdings auch nicht.

Auch Russland in seinen autokratischen Jahrhunderten hat immer wieder Zeugnisse des Widerstandes gegen die Autokratie hervorgebracht. Und jene, die den Russen quasi genetisch die Fähigkeit zur Freiheitsliebe und Demokratie absprechen oder sie als sekundär einstufen, schmähen diese freiheitlichen Denktraditionen.

Zu verweisen ist nicht nur auf den Dekabristenaufstand und andere politische Bewegungen im 19. Jahrhundert, auf das politische St. Petersburg, wie es Nabokow in seiner Autobiographie »Erinnerung spricht« beschreibt.

In den sowjetischen Jahren waren es Schriftsteller, die Zeugnis ablegten und dafür büßten. Ich will den Augenblick nutzen, um werbend auf ein besonders Werk aus den fürchterlichen Zeiten des 20. Jahrhunderts zu verweisen. Wassili Grossmans »Leben und Schicksal«. Noch in Stalins Zeiten begonnen, in den Jahren Chruschtschows vollendet. An ihn hatte sich Grosman mit einem Brief gewandt in dem er schrieb: »Geben Sie meinem Buch die Freiheit«.

Aber das Buch wurde nicht in die Freiheit entlassen. Der KGB hatte alle Manuskripte beschlagnahmt. Nur dank Wladimir Woinowitsch gelangte ein Durchschlag später in den Westen. So wurde ein großartiges Dokument russischer Freiheitsliebe und Humanität gerettet.

Der Autor hat es nicht mehr erlebt.

Als ich Anfang der achtziger Jahre nach Moskau kam, waren die Zeiten eines Vorfrühlings bereits zu erahnen. Die Wirtschaftler durchschauten am Besten den Absturz der Planwirtschaft. Und die Menschen ließen sich nicht mehr blenden durch das erstarrte System.

Dessen greise Protagonisten, die in schneller Folge Abschied von dieser Welt nahmen, konnten die Rolle des großen Blenders auch kaum mehr glaubwürdig vertreten. Schon damals wurde viel gerätselt

über einen Benjamin in der Partei, der alles wenden sollte. Von einem grundsätzlichen Wandel in Politik und Wirtschaft, der unausweichlich sei, wurde gesprochen, ohne das solchen schemenhafte Bilder von der Zukunft konkrete Formen annahmen.

Dann überstürzte sich die Entwicklung. Ende der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre sah ich die Bürger für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, sich ereifern über die Zeiten der Lüge und die möglichen Wege in eine bessere Zukunft. Das Fernsehen machte die Diskussionen im Obersten Sowjet zu einem das ganze Land umfassenden Forum. Die Zeitungen – nicht alle – wetteiferten darin, die Schleier von der düsteren Vergangenheit zu lüften.

Wenn heute nach einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Instituts nur noch zwischen 25 und 30 Prozent der Bevölkerung für eine Demokratie nach westlichem Vorbild stimmen, dann hätte man sich das in der Euphorie der damaligen Tage kaum vorstellen können.

Die Entwicklung zu einer Desillusionierung und Abkehr vollzog sich in zwei Etappen. Als den Menschen von Boris Jelzin Demokratie und Wirtschaftsreform versprochen wurde, verband sich damit die Vorstellung von der Besserung der Lebensverhältnisse. Der Präsident verwettete sogar seinen Kopf dafür, freilich ohne seine Wettschuld zu begleichen, als sich an Stelle beginnenden Wohlstandes der wirtschaftliche Absturz vollzog.

Nur Stichworte seien hier angemerkt: Inflation und Rubelsturz, unglaubliche Bereicherung einiger weniger und das Elend der Mehrheit, Staatsbankrott, ungezahlte Löhne und Pensionen. So hatten sich die Bürger die Zukunft nicht vorgestellt.

Damit einher ging ein Verfall der demokratischen Sitten, bevor diese überhaupt hatten Wurzeln schlagen können. Ein Menetekel: die Beschießung und Stürmung der Duma durch Elitetruppen, weil Präsident und Parlament keine gemeinsame Sprache mehr fanden.

Der schwache Präsident ging unheilige Koalitionen ein, um sein politisches Überleben zu sichern. Mit den Oligarchen, mit wechselnden Clans und schließlich auch mit dem Geheimdienst. Durch Jelzin gelang dem einstigen KGB der Einstieg in das neue Kräftespiel, in dem er später die dominierende Macht wurde.

Dazu gehörte auch ein Krieg, der schnelle Popularität bringen sollte, und in blutige Gemetzel und schließlich in eine Niederlage führte. Das war der erste Krieg in Tschetschenien.

Das Geflecht der politischen Beziehungen war schwer durchschaubar. Aber dass die Abläufe nicht den erträumten Bildern einer Demokratie entsprachen, konnte jeder erkennen. Der Begriff verlor über die Jahre seinen Wert.

Das einstige Weltreich zerstört, Jelzins Russland ein Spielball der internationalen Politik. Das Selbstwertgefühl der meisten Russen verlor jeden Halt.

Die erste Etappe folgte keinem Plan, wenn auch im Einzelfall um des Machterhaltes willen Entscheidungen und Wahlen zielstrebig manipuliert wurden.

Die zweite Etappe unter Wladimir Putin erfolgte wie in einem mit Bedacht verfassten Drehbuch. Er trat an und versprach, Ordnung zu schaffen. Aber er schaffte viel mehr.

Dem empfundenen Chaos wurden neue Schlagworte entgegen gehalten: der starke Staat, die Vertikale der Macht, die Diktatur des Gesetzes. Es blieb nicht bei Worten.

In der ersten Zeit nach der Amtsübernahme noch verhalten und eher verschämt, dann immer deutlicher machte er sich an die Umgestaltung des Staates.

Es begann mit den Fernsehsendern, die er nach und nach dem Kreml unterstellte, ein in den Folgen gar nicht zu unterschätzender Schritt. Das ist Hammer und Amboss, auf dem man öffentliche Zustimmung schmiedet. Alle weiteren Schritte, die Entmachtung der Gouverneure, die Gleichschaltung des Föderationsrates, die faktische Degradierung der Duma zu einem Ein-Parteien-Parlament stießen auf keinen nennenswerten Widerstand.

Der Bürger nahm an dieser Entwicklung wenig Anstoß, denn wirtschaftlich ging es aufwärts. Was sollte man demokratischen Werten nachtrauern, wenn nunmehr die Rente rechtzeitig gezahlt wurde, wenn man am Konsum teilhaben konnte, wenn sogar eine Ferienreise in die Türkei kein ferner Traum mehr war.

Der Aufschwung war nicht der Weisheit der neuen, zum großen Teil dem Geheimdienst

entstammenden herrschen Klasse geschuldet, sondern den Fügungen auf dem internationalen Energiemarkt. Von 10 Dollar in den neunziger Jahren stieg der Preis für ein Barrel Erdöl auf fast 150 Dollar. Entsprechend stieg auch der Preis für Ergas. Das war die Basis für den Aufstieg aus dem Elend und auch für das Erstarren des russischen Staates, für seine Rolle auf dem Parkett der internationalen Politik. So kommt es, dass die russische Führung, wie es ein Moskauer Wissenschaftler sagt, »die Verfügung über Energieträger auf die gleiche Stufe wie Atomwaffen« gestellt wird.

Wahrscheinlich zum ersten Mal in der Geschichte des Landes konnten sich die Menschen als Bürger eines reichen Landes fühlen. Vor allen Dingen ein Land, dem das Ausland seinen Respekt nicht mehr versagen konnte.

Ein zusätzlicher Ansporn, innen- wie außenpolitisch einen russischen Sonderweg zu reklamieren, waren Worte und Taten der Bush-Administration in Washington. Ein weites Feld.

Es mag diese Art von Abwägung der Güter gewesen sein, der zufolge es keinen Aufschrei im Land gab, wie demokratisches Gewissen es geboten hätte. Proteste wurden immer mehr die Sache einer Minderheit: nach der opferreichen Befreiung der Geiseln im Moskauer Musicaltheater, nach den noch blutigeren Ereignissen in Beslan, nach dem Mord an Anna Politkowskaja, um nur die Ereignisse zu nennen, die am meisten Aufsehen im Rest der Welt erregten.

Die Minderheit derer, die sich erregen, lebt in den großen Städten Moskau oder St. Petersburg. Sie liest die Zeitungen »New Times« oder »Nowaja Gaseta«. Obwohl, ich muss das hinzufügen, ich auf meinen Reisen selbst an fernsten Orten immer wieder Menschen traf, die sich über das System Putin keine Illusionen machten und befremdet auf die nationalistischen Aufwallungen schauten, die an die Stelle der einstigen demokratischen Sehnsüchte getreten sind. Nationalistische Aufwallungen, die die Regierung will und mit der geballten Fernsehmacht auch steuern kann.

Unter den Politologen und Kommentaren in Moskau entbrannte ein Streit, ob der Wechsel im Präsidentenamt auch einen Kurswechsel beinhaltet. Kremlnahe Deuter des Geschehens bejahen das, kritischere Wissenschaftler und Journalisten sagen, Putin ging um zu bleiben.

Medwedjew hatte in seinem Wahlkampf auf einige Defizite verwiesen: die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz zum Beispiel. Das ist Allgemeingut, nur 16 Prozent der Bevölkerung bekunden Vertrauen in einer unabhängige Rechtssprechung. An der Medienlandschaft, am domestizierten parlamentarischen

System hat er nichts auszusetzen. Wie will er dieses Phänomen der obrigkeitshörigen Richter in einem Obrigkeitsstaat bekämpfen? Oder die Korruption, der er auch zu Leibe rücke will, die nach internationalen Untersuchungen in den letzten Jahren noch zugenommen hat. Wie ist sie zu bekämpfen in einem Staat ohne Transparenz und demokratische Kontrolle?

Putin pries die Wahl seines Nachfolgers als einen musterhaften Nachweis der Demokratie in Russland. Unter dem polittechnischem Gesichtspunkt mögen sie in der Tat als ein Meisterwerk gelten, als Zeugnis der gelungenen Transformation zu einem funktionierenden autoritären Staat.

Der Bürger hatte die Rolle verstanden, die ihm in der Inszenierung zugewiesen war. In einer Umfrage des Lewada-Instituts vom Januar 2008, erklärten achtzig Prozent der Befragten, der Wahlkampf ginge sie nichts an.

Das schließt Erwartungen gegenüber dem neuen Präsidenten nicht aus. 51 Prozent bekundeten die Hoffnung, dass er »Russland wieder zur Großmacht macht«. Kein Wunsch wurde so häufig geäußert wie dieser.

Lew Gudkow, Direktor des Lewada Instituts, folgert:

»Indem das Regime die Unzufriedenheit der minderbegüterten und armen Bevölkerung neutralisierte, (durch eine Politik von »Brot und Spiele«) versenkte es die Gesellschaft in einen Zustand der Apathie und der Entfernung von der Politik.«

Zur Vervollständigung des Bildes gehört die Tatsache, dass viele Bürger, manche Journalisten und Wissenschaftler, sich gegen diesen Prozess auflehnen. Manche um einen grauenhaft hohen Preis. Sie verdienen es nicht, um eines einträchtigen Pragmatismus willen, aus unserer Betrachtung des gegenwärtigen Russlands verdrängt zu werden.